



Frieden braucht Fachleute

Zeitung des Forum Ziviler Friedensdienst e. V.

EDITORIAL



Liebe Leserin,
lieber Leser,
»Haut ab!« –
Welche Freude,
wie geschickt,
verantwortungs-
voll und weitge-
hend friedlich

Tunesier und Ägypter ihre Peiniger abschüttelten! Nun wird es auch auf den Westen ankommen, ob Demokratie die Oberhand behält. Aber hier liegt der Hase im Pfeffer: Selten hat sich europäische Diplomatie in ihrer Hilf- und Konzeptionslosigkeit dermaßen lächerlich gemacht. Aus ihrem Blickwinkel sind Demokratie und Menschenrechte, genauso wie ein hoher Lebensstandard, unveräußerliche Rechte – allerdings nur für den Westen selbst.

Journalistinnen und Journalisten sprechen überlegen und abgeklärt, jetzt verunsichert, vom ewigen Widerspruch von Interessen und Werten. Es wird Zeit, damit aufzuräumen! Nach dem militärischen Desaster in Afghanistan landet »werte«-lose Interessenpolitik im kurzen Gras. Realpolitik braucht neue Koordinaten. Erstens: Nur eine wertegelitete Außenpolitik schafft nachhaltige Sicherheit. Der Entzug demokratischer Rechte und Perspektivlosigkeit treiben die Menschen gerade dann in die Arme radikaler Heilsversprecher, wenn sich westliche Ideale als Sonntagsgeläut entpuppen. Zweitens: Unterschätzt nie mehr die kollektive Intelligenz und Besonnenheit modern vernetzter Völker! Der Westen sitzt schnell als Kollaborateur von Verbrechen und Kleptokraten im kurzen Hemd da, wenn seine Sicherheitsgaranten verjagt werden. Und drittens: Zivile gewaltfreie Konfliktbearbeitung gehört zum Rückgrat jeder demokratischen Gesellschaft. ZFD wird so zu einem wichtigen Instrument moderner realpolitischer Außen- und Sicherheitspolitik. Hier gilt es endlich richtig zu investieren!

Herzlichst, Ihr
Bernhard Müller
Vorsitzender des forumZFD

LEITARTIKEL



Das Volk meldet sich zu Wort: Wie hier bei den Protesten gegen den Stuttgarter Tiefbahnhof werden Stimmen lauter, die mehr Beteiligung der Gesellschaft bei Großprojekten fordern.

Aufstand der Bürgerinnen und Bürger

Kairo. Tunis. Stuttgart. Die drei Städtenamen stehen beispielhaft für Protestbewegungen mit weltweiter Aufmerksamkeit. So unterschiedlich die Anlässe und Ziele dieser Bewegungen sind – eines haben sie gemeinsam: Die Bürgerinnen und Bürger akzeptieren es nicht mehr, teilweise oder gar vollständig von den Entscheidungen über die Gestaltung ihres Lebensumfeldes und die Verteilung der vorhandenen Ressourcen ausgeschlossen zu sein.

Das Beispiel »Stuttgart 21« steht für ein stark umstrittenes Verkehrs- und Städtebauprojekt. Es ist eine zornige Bürgerschaft, die sich seit November 2009 lautstark Gehör verschafft. Der im Großen und Ganzen gewaltfreie Protest für ein kundenfreundliches Bahnkonzept und den Erhalt von Bahnhof und Stadtpark ist nicht nur einem politischen Lager zuzuordnen. Er vereint Menschen unterschiedlicher Berufe und sozialer Herkunft, darunter auch enttäuschte CDU-Mitglieder und ehemalige FDP-Wählerinnen.

Die Entscheidungsträgerinnen und -träger in der Politik und bei der Bahn reagierten zunächst irritiert auf den wachsenden gewaltfreien, bürgerlichen Protest und gestanden »Kommunikationslücken« ein. Im Übrigen aber sei »Stuttgart 21« rechtmäßig und mit großen parlamentarischen Mehrheiten beschlossen und damit legitimiert. Um die Abholzung von 25 Bäumen durchzusetzen, wurden friedlich Demonstrierende unter Einsatz von Pfefferspray, Tränengas und Wasserwerfern geräumt.

Dieser mit unangemessener Härte ausgeführte Polizeieinsatz endete mit mehreren Hundert Verletzten aufseiten der Demonstrierenden. Er wurde von vielen als Angriff auf die demokratischen Grundrechte empfunden. Unter massivem öffentlichem Druck – der Protest wuchs am darauffolgenden Samstag auf Hunderttausend Protestierende an – boten die politischen Entscheidungsträger/-innen den Projektgegnern/-innen Gespräche an.

In dieser Situation standen vor allem drei Verfahren aus dem »Werkzeugkasten« ziviler Konfliktbearbeitung zur Verfügung: die Verhandlung, die Mediation, die Schlichtung. Im konkreten Fall haben sich die Konfliktgegner/-innen unter dem Motto »Alle an einem Tisch – alles auf den Tisch« auf ein nicht vorab definiertes Verfahren eingelassen, dessen Status bis zum Schluss unklar blieb. Kritiker/-innen sprechen deshalb auch von einer Symmetrie der Oberfläche, einer Symmetrie der Auftritte und Sprechzeiten, welche allerdings die strukturelle Ungleichheit der Parteien verdeckt. Es war beeindruckend, mit welcher Sachkunde und Beredsamkeit die Freizeitpolitikerinnen und -politi-

ker dem hoch dotierten Profiteam von Bahn, Staat, Stadt und Gutachtern/-innen gegenübertraten. Trotzdem empfahl in einem nicht vorgesehenen »Schlichterspruch« Moderator Heiner Geißler den Weiterbau des Projektes S 21 mit Auflagen. Dieser sollte der Befriedung der Projektgegner/-innen dienen – er führte jedoch zu einem Wiederaufleben der Proteste unter dem Motto »Widerstand plus«. Denn Bahn, Land und Stadt wollen die Bürgerinnen und Bürger allenfalls nur noch am »Wie«, nicht mehr am »Ob-Überhaupt« des Bahnprojektes beteiligen.

Wie ein konstruktiver, partizipativer Umgang mit Großprojekten möglich ist, zeigt der neue, vor Kurzem eröffnete Gotthard-Basistunnel. Der längste Tunnel der Welt – ein Großprojekt der Superlative – steht für fehlende Massenproteste und Prüfgelassenen. Er steht für konsequente Bürgerbeteiligung. Dafür leistete die Schweizer Regierung umfassende Überzeugungsarbeit. Informierte. Argumentierte. Ging auf Einwände von Gemeinden und Bürgerinnen und Bürgern ein. Moderierte den Widerstand von Verbänden und Lobbyisten. Und ließ dann nach Schweizer Art abstimmen – mehr als 60 Prozent entschieden sich 1998 für das Tunnelprojekt.

Im Unterschied hierzu kam in Stuttgart das unechte Beteiligungsangebot an die Zivilgesellschaft um Jahre zu spät, um einen wirklich fairen

und umfassenden Entscheidungsprozess zu ermöglichen. Andererseits hat die große Aufmerksamkeit für dieses »verspätete« Experiment die öffentliche Debatte um neue Partizipationsformen der Zivilgesellschaft so befeuert, dass diese nun endlich auf der politischen Tagesordnung stehen.

Genau hierbei sollte der Zivile Friedensdienst eine nützliche Rolle spielen. Im Bereich der kommunalen Konfliktberatung von Integrationsprozessen hat sich der ZFD in den letzten Jahren bereits als sehr hilfreich erwiesen. Seine Aufgabe im Inland könnte außerdem in der Etablierung und Weiterentwicklung gesellschaftlicher Beteiligungsstrukturen bestehen. Durch die Entwicklung und Begleitung von Mechanismen konstruktiver Konfliktregelung bei lokalen Konflikten, aber auch bei der Durchführung von Großprojekten könnte dem ZFD eine bedeutsame gesellschaftspolitische Funktion zukommen.

Dass es überall solche realen Partizipationsmöglichkeiten geben sollte, müsste in den letzten Monaten eigentlich allen deutlich geworden sein, denn: Wasserwerfer, Pfefferspray und einseitige Schlichtersprüche konnten den Protest in Stuttgart nicht befrieden. Tödliche Schüsse, bezahlte Schläger und kosmetische Systemkorrekturen die Menschen in Kairo und Tunis nicht von ihrem Kampf für ein besseres Leben abhalten.

Paul Russmann

MELDUNG

Auf den Nachwuchs kommt es an

Im Januar hat das forumZFD das erste Nachwuchsstipendium vergeben, mit dem es Berufseinsteigern eine einjährige Mitarbeit in einem Auslandsprojekt ermöglicht. Der erste Stipendiat, Medienwissenschaftsabsolvent Daniel Brumund, wird im Regionalbüro des forumZFD in Belgrad mitarbeiten. Das Nachwuchsförderungsprogramm ist eines der Angebote für jüngere Zielgruppen, die das forumZFD in den letzten zwei Jahren entwickelt hat. Weitere Angebote sind die Teilnahme am Freiwilligenprogramm »weltwärts« auf den Philippinen und das Freiwillige Jahr für Schulabgänger/-innen in unserer Geschäftsstelle in Bonn. Die Coaching-Seminare der Akademie für Konflikttransformation richten sich an Menschen, die einen Beruf in der Friedensarbeit ergreifen wollen.

► Alle Angebote und Ausschreibungen: www.forumZFD.de



Paul Russmann ist Mediator und Referent für Frieden und Abrüstung bei der Ökumenischen Aktion Ohne Rüstung Leben in Stuttgart.

Israels unheilige Allianz

Religiöse und nationalistische Parteien haben in Israel stark an Einfluss gewonnen. Vor allem die milieugebundenen einstigen Splitterparteien »Schas« und »Israel Beitenu« erfahren viel Zuspruch, weil sie geschickt auf die Ängste und Sorgen vieler Israelis eingehen.

Es ist ein schleichender Prozess: Israel, seine Gesellschaft und damit auch die Politik des Landes verändern sich. Viele Menschen zwischen Jordan und Mittelmeer wählen rechter, religiöser und nationalistischer. Sie vertrauen zwei Polit-Populisten und einem radikalen Rabbiner: Eli Jischai und Ovadia Josef von der »Schas« und Avigdor Lieberman von »Israel Beitenu«.

Die »Tauben« der Arbeiterpartei kämpfen hingegen ebenso wie die »Falken« um Ministerpräsident Benjamin Netanjahu und dessen »Likud« sowie die derzeitige Oppositionspartei »Kadima« unter der Führung von Zippi Livni gegen wachsenden Wählerschwund und sind quasi zu Zentrumsparteien geworden.

Revolte am rechten Rand

Ein Grund hierfür ist: Am rechten Rand der Gesellschaft ist seit Jahren eine Revolte im Gang. Dort haben sich bisherige politische Gegner, die auf ein großes Wählerreservoir zurückgreifen können, gegen die herrschenden Eliten formiert, indem sie geschickt auf die Ängste und Sorgen vieler Israelis eingehen. Männer wie Eli Jischai und Ovadia Josef gehören dazu. Sie verfügen über mehr Macht, als in Deutschland wahrgenommen wird.

Eli Jischai, Israels derzeitiger Innenminister, führt die ultraorthodoxe sephardische »Schas«-Bewegung, die in den letzten Jahren meist das Zünglein an der parlamentarischen Wahlwaage gewesen ist. Die religiöse »Schas« tritt als Interessenvertreterin der mizrachischen Juden auf – also derjenigen, die einst aus den arabisch-muslimisch geprägten Nachbarländern eingewandert sind. Sie stellen rund 25 Prozent der israelischen Gesamtbevölkerung. Gegenüber den säkularen aschkenasischen – also jenen aus Europa

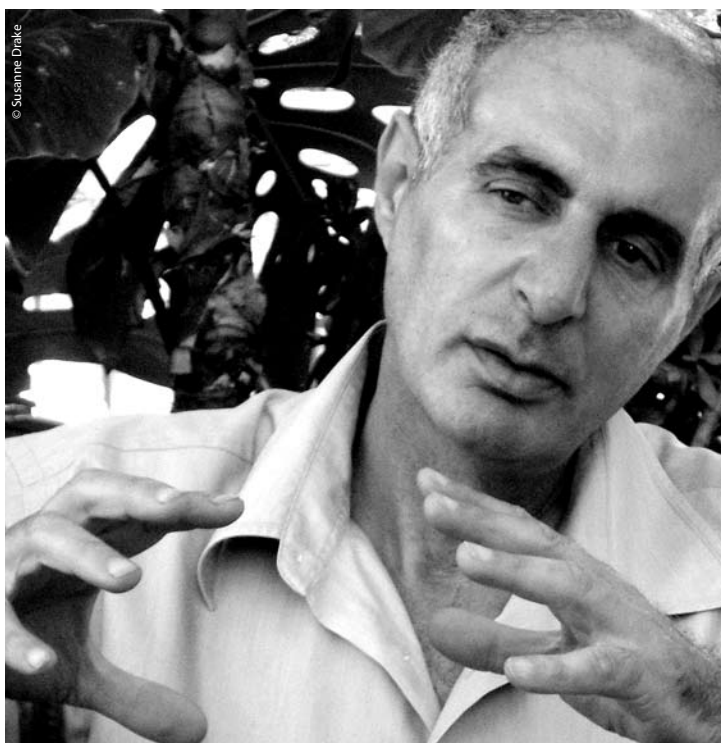
eingewanderten – Jüdinnen und Juden der Gründergeneration und ihren Kindern, die mehrheitlich für die linke Arbeiterpartei oder den rechtsgerichteten Likud-Block stimmten, fühlen sich die mizrachischen Jüdinnen und Juden benachteiligt. Denn jene haben zumeist einen höheren Lebens- und Bildungsstandard und bis heute sowohl in Politik und Wirtschaft als auch im Militär und dem Kulturbetrieb die entscheidenden Posten inne.

Mit Schulen und Suppenküchen auf Stimmenfang

Sie wohnen oftmals in der nördlichen und südlichen Peripherie des Landes – dort, wo die Arbeits- und Perspektivlosigkeit hoch ist. Wer wegziehen kann, hat das schon vor Jahren gemacht. Wer das nicht kann – wie viele aus den arabischen Ländern eingewanderte Jüdinnen und Juden –, der wählt die »Schas«, die sich durch den Bau von Schulen und Suppenküchen erfolgreich als Retterin derjenigen inszeniert, die einst aus Marokko, Tunesien, Algerien, Syrien, dem Jemen oder dem Irak eingewandert sind und in der »Schas« ihr Sprachrohr sehen.

Für sie ist das außenpolitische Profil des national-religiösen Eli Jischai, der sich vehement für den Ausbau der Siedlungen einsetzt, und Ovadia Josefs – dem Spiritus Rector der Bewegung – beim Urnengang nicht ausschlaggebend. Sie geben der »Schas« ihre Stimme, weil deren Bildungs- und Sozialprogramme einzig ihnen zugutekommen. Der Zorn vieler »Schas«-Wählerinnen und -Wähler richtet sich nicht gegen die Palästinenserinnen und Palästinenser, sondern gegen die aschkenasischen Eliten und deren Privilegien.

Anders verhält es sich bei den »russischen Juden«, wie man die eine Million Einwanderinnen und Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion grob vereinfacht oft bezeichnet. Sie machen mittlerweile ein Fünftel der israelischen Bevölkerung aus.



Fadil, 55, Schriftsteller, lebt in Daliyet-il-karmel: »Meine Nationalität ist arabisch. (...) Mein Traum ist Respekt. Respekt kommt vor allem anderen.«

Nach einer Eingewöhnungsphase und einem für alle Einwanderinnen und Einwanderer verpflichtenden staatlichen Sprachkurs avancierten sie ab Mitte der neunziger Jahre zu einem Motor der stetig wachsenden Wirtschaft und blühenden Wissenschaft. Kein Wunder: Nach offiziellen Schätzungen verfügen rund 60 Prozent dieser Einwanderergruppe über einen Hochschulabschluss.

Existenzielle Angst als Wahlkampfmotor

Soziale Benachteiligung wie im Fall der mizrachischen Jüdinnen und Juden ist für sie also kein Grund, dem rechts-nationalistischen Außenminister Avigdor Lieberman zu folgen. Der Chef der 1999 gegründeten »Israel Beitenu«-Partei schaffte es dennoch, seine Partei mithilfe der großen Zustimmung der jüdischen Einwanderinnen und Einwanderer aus den GUS-Staaten bei den vergangenen Wahlen als drittstärkste Kraft im Parlament zu etablieren. Der wichtigste Grund für den Siegeszug des gebürtigen Moldawiers ist seine antiarabische und auf Sicherheitsaspekten basierende Politik. Für die heterogene Einwanderergruppe aus der riesigen Sowjetunion ist die Sicherheit Israels, das in etwa so groß ist wie das Bundesland Hessen, stets bedroht. Denn bereits wenige Jahre, nachdem sie ihre Heimat verlassen hatten, begann eine Dekade der Gewalt und der Kriege: Angefangen bei der Zweiten Intifada im Jahr 2000 und dem Zweiten Libanonkrieg bis hin zum Krieg in Gaza im Jahr 2009. Bei vielen ist daher das Bedürfnis nach Sicherheit größer als der Wunsch nach Frieden. Und genau dieses Bedürfnis bedient Lieberman. Für ihn ist die existenzielle Angst ein Wahlkampfmotor. Der studierte So-

zialwissenschaftler versteht es, auf die Ängste einzugehen.

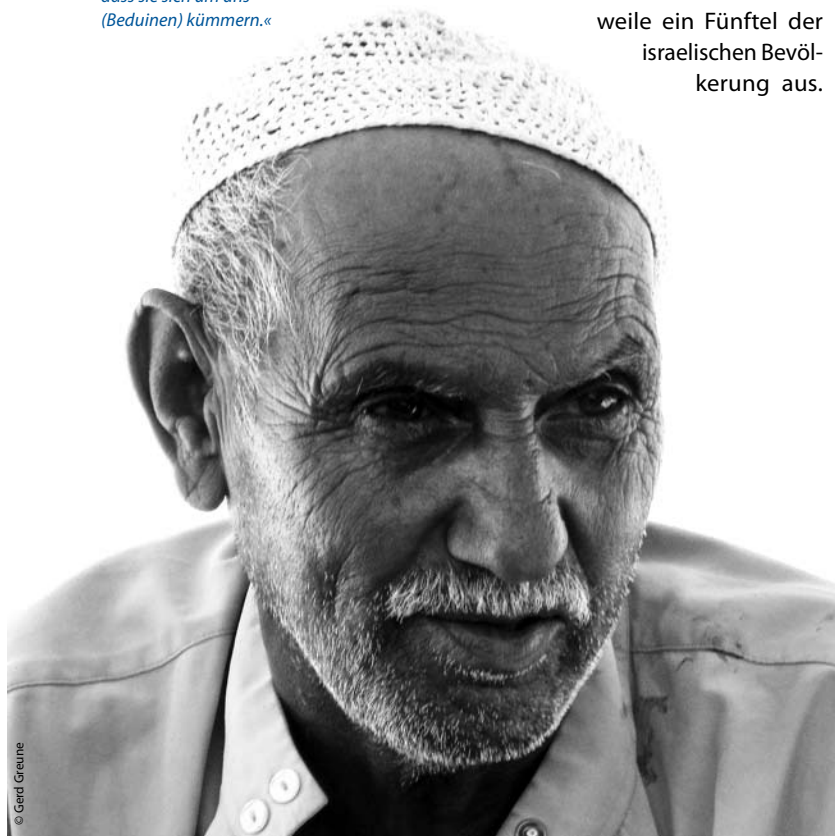
Für Volk, Land und Thora

Die Mehrheit dieser beiden Bevölkerungsgruppen, die aus völlig unterschiedlichen Beweggründen die national-religiöse »Schas« und die rechte »Israel Beitenu« wählen, ist aber nicht dem Lager der religiösen Fundamentalisten oder der radikalen Nationalisten zuzurechnen – im Gegensatz zu Eli Jischai, Ovadia Josef und Avigdor Lieberman, den populistischen Gallionsfiguren der beiden Parteien. Nichtjüdische Einwanderinnen und Einwanderer stellen für Eli Jischai eine Gefahr dar, Homosexualität ebenfalls. Und als zuständiger Innenminister forciert er weiterhin den völkerrechtlich illegalen Siedlungsbau. Auch Ovadia Josef, den seine Gegner einen »jüdischen Aytollah« nennen, ist nicht minder radikal. Er wünschte noch vor wenigen Monaten Mahmud Abbas die »Pest« und betete dafür, dass alle Palästinenserinnen und Palästinenser »vom Erdboden verschwinden« mögen.

Außenminister Lieberman hat sich noch nie darum bemüht, sein wahres Denken zu verbergen. Als im Jahr 2003 der damalige Ministerpräsident Ariel Scharon erwog, 300 palästinensische Häftlinge freizulassen, intervenierte Lieberman öffentlich und sprach sich dafür aus, alle im Toten Meer zu ertränken – er, in seiner damaligen Funktion als Transportminister, würde dafür auch die Busse zur Verfügung stellen. Dieses Triumvirat hat aus der parlamentarischen Opposition heraus einen politischen Siegeszug gestartet – und vorerst sein Ziel erreicht. Die unheilige Allianz ist an der Macht. Für Volk, Land und Thora. ■

Dominik Peters

Dominik Peters absolvierte einen Freiwilligendienst in Israel, studiert Nahoststudien und Politikwissenschaften in Halle und absolviert zudem eine Journalistenausbildung. Er ist freier Mitarbeiter bei »Zenith – Zeitschrift für den Orient« und als Autor für den Blog zum Nahen und Mittleren Osten »Al-Sharq« tätig.



Abu Yassen, 62, Schafhirte, Beduine, lebt in Wadi Qelt: »Ich bin ein Palästinenser aus der Gegend von Hebron und En Gedi (...) Wir erwarten von beiden Seiten, dass sie sich um uns (Beduinen) kümmern.«

Schon g

NACHRICHTEN

■ Friedensläufer an den Start!

Die Termine für die zehnte Friedenslaufssaison in diesem Jahr stehen nun fest: Am 1. Juni in Berlin, am 5. Juli in Bremen, am 15. Juli in Aachen und am 20. Juli in Augsburg werden die Friedensläufer 2011 wieder an den Start gehen. Der Friedenslauf in Bonn folgt dann abschließend im Herbst. Nähere Informationen und Anmeldung ab sofort unter:

► www.run4peace.eu

■ Für den Frieden mobilisieren

Die Jahrestagung der Plattform für zivile Konfliktbearbeitung trägt in diesem Jahr den Titel »Kritik, Kreativität und Netzwerken als Aufgaben der zivilen Konfliktbearbeitung«. Das Treffen findet vom 25. bis 27. März in der Evangelischen Akademie in Bad Boll statt. Weitere Informationen und Anmeldung unter:

► www.konfliktbearbeitung.net

■ Broschüre zum Philippinen-Konflikt

In einer neuen Studie des forumZFD analysieren philippinische Wissenschaftlerinnen, Journalistinnen und Menschenrechtsaktivisten die Konflikte auf Mindanao, der zweitgrößten Insel der Philippinen. Die Publikation ist eine hilfreiche Lektüre für jene, die Geschichte, Ursachen und Friedensperspektiven des Konflikts verstehen möchten. Bestellungen unter Materialien auf:

► www.forumZFD.de

■ Bewegte Bilder

Der Berliner Friedenslauf macht mit zwei mitreißenden Video-Clips im Internet Lust aufs Laufen!

► www.youtube.de/forumzfd



■ ZFD auf evangelisch

Vom 1. bis 5. Juni 2011 wird das forumZFD beim 33. Evangelischen Kirchentag in Dresden präsent sein. Unser Stand auf dem Markt der Möglichkeiten ist im Themenbereich »Gewalt überwinden – Frieden schaffen« zu finden. Wir werden dort auch über die Kampagne »20 Millionen mehr vom Militär!« informieren.

► www.forumZFD.de/Termine

■ Jahresprogramm der Akademie für Konflikttransformation

Ob Sie Kurse, Trainings, Einsteiger- oder Orientierungsseminare suchen, sich berufsbegleitend weiterbilden oder sogar an einem Vollzeitangebot teilnehmen möchten: Interessierten bietet das breite Angebot der Akademie für Konflikttransformation Orientierung im Qualifizierungsdschungel. Alle Infos dazu unter Telefon 02 28 85 02 96 70 oder unter:

► www.forumzfd-akademie.de

gehört?

■ Henny Engels erste Kuratoriums-Vorsitzende des forumZFD

Frieden ist weiblich – somit erscheint es nur logisch, dass mit Henny Engels, Geschäftsführerin des Deutschen Frauenrats, eine Frau zur Vorsitzenden des Kuratoriums des Forum Ziviler Friedensdienst ernannt wurde. Der Vorstand des forumZFD hat ihre Berufung am 28. Januar in Berlin beschlossen. Die Berufung weiterer Mitglieder folgt.

■ Konflikttransformation zwischen Theorie und Praxis

Die Akademie für Konflikttransformation im forumZFD lädt am 28. und 29. April zu einer Fachtagung im Haus der evangelischen Kirche in Bonn ein. Mehrere internationale Referentinnen und Referenten aus Friedensforschung und Praxis ziviler Konfliktbearbeitung werden über Realität und Zukunft gewaltfreier Konflikttransformation diskutieren. Näheres erfahren Sie unter:

► www.forumzfd-akademie.de



■ Medizinische Friedensarbeit

Eine Gruppe europäischer Friedens- und Gesundheitsinitiativen hat Onlinekurse zur medizinischen Friedensarbeit entwickelt. Ziel des Weiterbildungsangebotes ist es, Gesundheitspersonal über die Folgen von gewaltsamen Konflikten zu informieren und zu zeigen, wie sie einen Beitrag zu Friedensstiftung, Gewaltprävention und Konfliktbearbeitung leisten können. Abrufbar sind die Kurse unter:

► www.medicalpeacework.org

■ Schulterschluss für Waffenstillstand in Afghanistan

Auf Einladung von Organisationen der Friedensbewegung und des Verbands Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen (VENRO) tagten Vertreter/-innen aus dem Bereich der Friedensbewegung und entwicklungspolitischen Organisationen am 19./20. Februar in Hannover. Im Zentrum stand die Suche nach gemeinsamen Positionen und politischen Strategien zum Krieg in Afghanistan und für eine Friedenslösung. Trotz zum Teil unterschiedlicher Auffassungen erwies sich die Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand als eine gemeinsame Position aller Beteiligten. Der Dialog soll fortgesetzt werden, im Rahmen der für November 2011 geplanten internationalen Afghanistankonferenz auf dem Petersberg sollen gemeinsame Forderungen vorgebracht werden.

► www.konfliktbearbeitung.net

■ Konfliktbearbeitung auf der Leipziger Buchmesse

Serbien ist Schwerpunktland der diesjährigen Leipziger Buchmesse. Das forumZFD veranstaltet deshalb eine Podiumsdiskussion, bei der verschiedene Balkanexpert/-innen mit Dragoslav Dedovic, Referent des forumZFD für den westlichen Balkan, unter dem Titel »Serbien und Europa – Zwischenbilanz einer ambivalenten Beziehung« debattieren werden. Die Veranstaltung findet am 17. März um 16:00 Uhr im Café Europa in Halle 4 statt.

► www.leipziger-buchmesse.de



Kampf der Minderheiten?

Russischsprachige Juden und arabische Israelis wenden sich gegen die Polarisierung

Im Herbst vergangenen Jahres brachte der israelische Außenminister Avigdor Lieberman, Chef der Partei »Israel Beitenu«, deren Basis überwiegend russischsprachige Israelis bilden, erfolgreich eine Gesetzesinitiative ein, die für Kontroversen sorgte. Neubürger/-innen müssen nun einen Loyalitätseid auf den jüdischen, israelischen Staat leisten. Das Gesetz wurde gemeinhin als ein unverhohlenes Misstrauensbekenntnis gegenüber den arabischen Israelis interpretiert. Der Vorfall reiht sich ein in die Serie von Angriffen der Partei Liebermans gegen arabische Israelis.

Doch längst nicht alle russischsprachigen Jüdinnen und Juden zählen zu den Polarisierern. Eine Gruppe mit dem Namen Moreshteinu will dem zunehmenden Rassismus unter ihren »Landsleuten« aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion entgegenwirken. Es sind Wissenschaftler/-innen, die in Sorge sind angesichts der Radikalisierung in ihrer Gesellschaft. Sie wollen selbst Verantwortung übernehmen. Prominentes Mitglied ist der Schriftsteller und Friedenspreisträger David Grossman. Moreshteinu ist einer der Kooperationspartner des forumZFD in Israel. »Unsere Beiträge für eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts können nicht mehr nur in der Förderung des Dialogs zwischen den großen Konfliktparteien liegen. Es gilt auch die Friedensfähigkeit innerhalb der israelischen und der palästinensischen Gesellschaft selbst zu stärken«, erklärt Suzanna Lauterbach, Fachkraft des forumZFD, die seit dem Jahr 2002 in Israel lebt. Über eine Zeitungsreportage wurde Suzanna Lauterbach auf die Gruppe Moreshteinu aufmerksam. Während des ersten Gesprächs stand die Frage im Raum, wie das forumZFD das Engagement der Organisation

unterstützen könnte. Die Gruppe russischer Jüdinnen und Juden wollte auch in Dialog mit arabischen Israelis kommen und hatte zu diesem Zweck schon eine Gruppe ins Auge gefasst. Suzanna Lauterbach sollte helfen, den Kontakt zu knüpfen.

Im Verein Arbat versammeln sich arabische Israelis. Unter dieser Bezeichnung fasst man nichtjüdische, in der Regel muslimische oder christliche Palästinenserinnen und Palästinenser mit israelischer Staatsbürgerschaft zusammen. Der Name Arbat bezeichnet eine große Flaniermeile im Zentrum von Moskau und deutet auf den Zweck des Vereins hin. Die Mitglieder haben in der ehemaligen Sowjetunion studiert, ihre Treffen dienen in erster Linie der Erinnerung an die Erfahrungen aus der Studienzeit im Ausland. Was zunächst ungewöhnlich klingt, war vor mehr als 20 Jahren durchaus naheliegend. Ein Studium in der Sowjetunion war damals so gut wie kostenfrei und wurde zudem von kommunistischen Bewegungen gefördert – für viele arabische Israelis die einzige Chance auf einen höheren Bildungsabschluss. Die Mitglieder von Arbat sind dementsprechend ebenfalls hoch qualifizierte



Dima, 23, Student der Politikwissenschaft, lebt in Tiberias: »Ich bin Israeli. Ich wurde in der Ukraine geboren. Ich kam nach Israel als ich zehn Jahre alt war. (...) Die Menschen sind stur. Sie sind nicht in der Lage etwas abzugeben.«

Akademikerinnen und Akademiker und damit eher die Ausnahme in ihrem Umfeld.

»Viele Mitglieder haben eine gute Zeit in Russland verbracht und sich dort willkommen gefühlt«, weiß Suzanna Lauterbach. Doch in Israel fühlen sie sich von der russischsprachigen Bevölkerungsgruppe ausgegrenzt. »An der Idee für einen Dialog der beiden Gruppen fand ich den Aspekt einer dritten gemeinsamen Sprache, dem Russischen, und die Affinität beider Gruppen zur russischen Kultur sehr spannend«, erklärt Suzanna Lauterbach. Trotz des offensichtlichen Willens und der Gemeinsamkeiten brauchte es einigen Einsatz von Suzanna Lauterbach, um den Dialog auf den Weg zu bringen. Sie musste sich mit scheinbar einfachen Hindernissen auseinandersetzen. So war beispielsweise die Terminabsprache schwierig, da beide Seiten sehr in ihren beruflichen Alltag eingebunden sind und zudem der unterschiedliche kulturelle beziehungsweise religiöse Hintergrund verschiedene Lebensstile bedingt. Im vergangenen Jahr konnten dennoch zwei zweitägige Treffen stattfinden. Dazu fuhren die Mitglieder

von Moreshteinu aus Jerusalem und Tel Aviv nach Um El Fahem im Norden Israels, wo die meisten Mitglieder von Arbat leben. »Beim ersten Treffen ging es vor allem um ein gegenseitiges Kennenlernen, auch der Austausch über die russische Kultur war allen Beteiligten wichtig – denn das ist es, was sie verbindet«, erinnert sich Suzanna Lauterbach. Das zweite Treffen hatte ein ungleich schwierigeres Thema: »Mauern durchbrechen: Psychische und physische Mauern um uns herum«.

Suzanna Lauterbach spricht von einer positiven Resonanz der Teilnehmenden. Die gemeinsamen Treffen schafften eine Vertrauensbasis. Die Arbeit und damit letztendlich der Erfolg sei ein Prozess der kleinen Schritte, so die Friedensfachkraft. Nur durch die Zusammenarbeit und den Dialog bekommen die Menschen mehr Gewicht und können sich somit auch politisch mehr Gehör verschaffen.

»Meine Rolle ist die eines Katalysators für den Dialog. Wenn die Gruppen diesen Dialog selbst fortsetzen wollen und können, ist meine Aufgabe erfüllt.« Ziel der Gruppen ist es, dem herrschenden politischen Diskurs andere Modelle entgegenzusetzen. Und das können sie nur selbst tun. Der Austausch untereinander macht sie stark, um sich in ihrem jeweiligen Umfeld für einen Wandel des Denkens und des Handelns einzusetzen. ■

Christoph Bongard



Ilham, 42, Buchhalterin, lebt in Mil'lya: »Ich bin einer Araberin, die heute in Israel lebt. (...) Ich fühle eine Leere; die Russen oder die Äthiopier, die erst vor wenigen Tagen hier angekommen sind, fühlen mehr als ich, dass dieses Land ihnen gehört.«

ZUR PERSON

Suzanna Lauterbach lebt und arbeitet bereits seit dem Jahr 2002 in Israel. Seit Oktober 2008 arbeitet sie beim forumZFD als Friedensfachkraft von Tel Aviv aus. Vorher war sie freiberuflich als Dokumentarfotografin und Hochschuldozentin tätig. Im Rahmen ihrer Arbeit führt sie auch ein Projekt mit fünf israelischen Hochschulen durch. Unter dem Titel »Image, Identität und Stereotype« stel-

len Nichtregierungsorganisationen ihre Arbeit vor und erlauben damit einen Einblick in die Lebensumstände verschiedener ethnischer Minderheiten. Anschließend ist es die Aufgabe der Studierenden, diese Gruppen fernab der in den Medien verbreiteten Stereotypen zu fotografieren. Suzanna Lauterbach arbeitet zudem für das forumZFD mit Beduinengruppen, einer sehr marginalisierten Minderheit in Israel.





Zivile Krisenprävention

Erfolge bleiben oft unsichtbar

Herr Kiesewetter, Sie befassen sich seit einem Jahr im Bundestag mit ziviler Krisenprävention. Wo liegen da aus Ihrer Sicht die dringendsten »Investitionsbedarfe«? Den Unterausschuss zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit gibt es erst seit einem Jahr. Das ist ein guter Fortschritt. Mir ist es wichtig, ressortübergreifende Ansätze für zivile Friedensarbeit voranzubringen.

In den Haushaltsberatungen hat mich erstaunt, dass der Anteil für zivile Krisenprävention leicht als Steinbruch gesehen wird. In vielen Bereichen wurden aufgrund der Sparvorgaben die Budgets auf das Niveau des Jahres 2007 zurückgefahren – der ZFD steht im Vergleich

kung ziviler Konfliktbearbeitung können wir auf lange Sicht die Argumentation für Bundeswehreinsätze im Ausland entkräften. Da haben Sie Recht. Leider bleiben Erfolge ziviler Krisenprävention oft außerhalb der öffentlichen Wahrnehmung, wie zum Beispiel jüngst im Sudan. Diese Erfolge werden oft nicht wahrgenommen, weil sozusagen der Brand bekämpft wurde, bevor das Feuer ausgebrochen ist.

Welche weiteren Länder sehen Sie auf der politischen Agenda für zivile Krisenprävention?

Wir haben in Europa, auf dem Balkan, noch einiges zu tun. Ich denke an Bosnien-Herzegowina, Kosovo und Albanien. Dort können wir viel leisten, gerade im Bereich der Minderheitenrechte. Dann zählt die Region Armenien/Aserbaidschan/Nord-Türkei dazu, Süd- und Nordkaukasus und Moldawien-Transnistrien. Darüber hinaus denke ich an Tunesien, Algerien und auch Ägypten. Das sind Konfliktregionen und Aufgaben vor unserer Haustüre. Neben den Konflikten in Afghanistan, Kongo oder Sudan, die in den Medien mehr Beachtung finden.

Sie sind aus der Bundeswehr in den Bundestag gewechselt, haben also noch Einblicke in die Bundeswehr. Wie blicken verantwortliche Soldaten auf den Ausbau der zivilen Konfliktbearbeitung?

Ich war 27 Jahre in den Streitkräften, war in Afghanistan, Kosovo und Bosnien-Herzegowina. Bis vor zehn Jahren gab es in den Streitkräften kaum Verständnis für zivile Organisationen. Hier hat sich in den letzten zehn Jahren viel getan, auch weil die Streitkräfte sich in Afghanistan in vielen Bereichen alleingelassen gefühlt haben von der Politik. Es wurden Dinge von ihnen erwartet, die eigentlich nicht Aufgabe des Militärs sind. Natürlich können Soldaten Brunnen oder Schulen bauen. Aber dafür sind sie nicht ausgebildet. Das war der Augenöffner. Inzwischen ist das Verständnis für übergreifendes zivil-militärisches Handeln gewachsen.

Sie betonen sehr das Konzept der vernetzten Sicherheit. Was ist aus Ihrer Sicht der Kern, und wohin soll es sich entwickeln?

Ich möchte gerne den Begriff der vernetzten Sicherheit weit fassen. Zivile Krisenprävention ist ein Teil davon. Es ist ein Werkzeugkasten, in dem das Militärische die Ausnahme oder das Außergewöhnliche ist. Ziel ist selbsttragende Sicherheit vor Ort. Um das zu erreichen, muss in der vernetzten Sicherheit inter-

kulturelle Kompetenz sehr hohe Bedeutung haben. Eine heikle Frage dabei ist die Legitimation der Akteure, die wir unterstützen. Vernetzte Sicherheit kann konkret auch eine Abstimmung zwischen militärischen und zivilen Akteuren bedeuten mit der Folge, dass sich das Militär aus bestimmten Regionen zurückzieht, so dass zivile Akteure dort noch gezielter arbeiten können. So habe ich das mehrfach in Afghanistan im Raum Kundus erlebt.

Viele sehen es kritisch, dass der Sicherheitsbegriff stark ins Zentrum gestellt und überfrachtet wird. Im Zentrum unserer Arbeit steht ein weit gefasster Friedensbegriff. Wie sehen Sie das Verhältnis von Frieden und Sicherheit?

Für mich sind das zwei Seiten einer Medaille. Frieden herrscht nur, wenn die Menschen ein gewisses Sicherheitsgefühl haben. Ich sehe deshalb einen erweiterten Sicherheitsbegriff. Es herrscht aus meiner Sicht keine Sicherheit, wenn in Bosnien-Herzegowina Kinder unterschiedlicher Ethnien in verschiedene Schulen gehen müssen, durch Mauern voneinander getrennt.

Das Forum Ziviler Friedensdienst setzt sich für eine stärkere Infrastruktur für zivile Konfliktbearbeitung ein. Wir brauchen Instrumente wie den ZFD und Einrichtungen, um Strategiebildung und Knowhow für zivile Konfliktbearbeitung auszubauen. Wie stehen Sie dazu und wo würden Sie ansetzen?

Ich bin kein Anhänger neuer Strukturen. Wir haben die Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS), die aus ihrer Geschichte heraus zu stark militärisch und vom Auswärtigen Amt her geprägt ist. Ich denke, dass das ein Punkt wäre, wo wir solche Ansätze aktiv einbringen könnten. Dort haben wir Akteure staatlichen und nichtstaatlichen Handelns und zudem bereits eine gute Infrastruktur. Eine neu geordnete BAKS könnte auch ein Ort für Weiterbildung und Bündelung von Wissen sein. Die Fachkräfte des Zentrums für internationale Friedenseinsätze (ZIF) ebenso wie die des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) sollten ihre Erfahrungen hier verstärkt als Referenten und Experten und natürlich auch in der Leitungsstruktur einbringen können.

Herr Kiesewetter, ich danke Ihnen herzlich für das Gespräch. ■

Das Interview führte Christoph Bongard.

INFO FÜR SPENDERINNEN UND SPENDER

Ihre Spende für unsere Stimme!

Kampagnen kosten Geld. Gerade für politische Kampagnen sind wir auf Spenden angewiesen. Sie ermöglichen uns die Unabhängigkeit, die wir brauchen, um gegenüber der Politik den Vorrang ziviler Konfliktbearbeitung vor militärischen Mitteln einzufordern. Bitte unterstützen Sie unsere aktuelle Kampagne mit einer Spende!

**Spendenkonto: 82 40 101
Bank für Sozialwirtschaft (BLZ: 370 205 00)**

DANKE!

Frieden braucht Sie!

KAMPAGNE »20 MILLIONEN MEHR VOM MILITÄR«

Für den Ausbau des Zivilen Friedensdienstes: Wenn nicht jetzt, wann dann?

Mehrere hundert Einzelpersonen und mehr als zehn Organisationen haben auf den Aufruf »20 Millionen mehr vom Militär!« reagiert und unterstützen die gleichnamige Kampagne. Im April geht die Kampagne mit öffentlichen Aktionen in die nächste Phase! Bis dahin suchen wir noch weitere Organisationen als Erstunterstützer und viele Menschen, die sich aktiv beteiligen wollen.



© iStock, Artwork: meinhardt

Was kannst Du tun?

E-Mail nutzen: Schreibe an kampagne@forumzfd.de und melde Deine E-Mail-Adresse für den Kampagnenverteiler an. Du erhältst dann den Newsletter und kannst alle Aktionen und Infos der Kampagne an Freunde, Bekannte und Interessierte weiter verteilen!

Unterschriften sammeln: Beteilige Dich an der Unterschriftensammlung. Mit einem Infostand auf einer Konferenz oder in der Fußgängerzone bzw. klassisch mit Briefen oder E-Mails an Bekannte. Material für die Aktionen gibt es im forumZFD.

Deine Volksvertreter beim Wort nehmen: Konfrontiere die Bundestagsabgeordneten in Deinem Wahlkreis mit der Forderung und bitte sie um Stellungnahme. Das kannst Du mit einem Brief und einem persönlichen Besuch tun oder mit unserer Hilfe eine öffentliche Diskussionsveranstaltung mit den Abgeordneten organisieren.

Veranstaltungen zum Zivilen Friedensdienst organisieren: Lade unsere Referenten zu Veranstaltungen ein. Ab September 2011 werden wir zudem mehrere Rundreisen mit Friedensfachkräften organisieren.

Nach Dresden kommen und Flagge zeigen für den ZFD: Beteilige Dich bei unserer Aktion auf dem Evangelischen Kirchentag vom 1. bis 5. Juni. Die Kampagne soll dort unüberhörbar und unübersehbar sein. Wir wollen die vielen politischen Gäste mit unserer Forderung konfrontieren. Dafür brauchen wir viele Aktive. Melde Dich beim Aktionsteam Kirchentag!

Ansprechpartner für die Kampagne:

Christoph Bongard, Telefon: 02 28 85 02 96 31,
E-Mail: bongard@forumZFD.de

IN EIGENER SACHE

Vorschau: Kampagnenzeitung

Die Frühjahrs-Ausgabe unserer Zeitung »Frieden braucht Fachleute« wird ganz der Kampagne »20 Millionen mehr vom Militär!« gewidmet sein. Sie wird in höherer Auflage gedruckt, so dass wir zusätzliche Bestellungen – auch im Voraus – gerne entgegennehmen. Wir hoffen, unseren treuen Leserinnen und Lesern auch mit der nächsten Ausgabe eine spannende Lektüre bieten zu können.

IMPRESSUM

Frieden braucht Fachleute – Zeitung des Forum Ziviler Friedensdienst e.V. – Ausgabe 1/2011. ISSN 1612-6858.
Die Abgabe der Zeitung ist kostenfrei. *Frieden braucht Fachleute* erscheint viermal jährlich und wird auf 100% Recyclingpapier gedruckt.
Herausgeber: Forum Ziviler Friedensdienst (*forumZFD*) e.V.
Wesselstraße 12 ■ 53113 Bonn ■ Tel: 02 28 85 02 96-0 ■ kontakt@forumZFD.de
www.forumZFD.de
Redaktion: Christoph Bongard, André Madaus, Thomas Meinhardt, Heinz Wagner (verantwortl.)
Verlag, Entwurf und Gestaltung: meinhardt, Verlag und Agentur ■ Magdeburgstraße 11 65510 Idstein ■ www.meinhardt.info
Druck: CW Niemeyer, Hameln
Spendenkonto: Kto-Nr.: 82 40 101, BLZ 370 205 00, Bank für Sozialwirtschaft